



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

P/XV/151 - 7. Juli 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Nach politischen Lösungen suchen !</u> Bestandsaufnahme notwendiger denn je	50
2 - 2a	<u>Aneurin Bevan †</u> Zum Tode des großen Sozialisten	74
3 - 4	<u>Zyperns Unabhängigkeit</u> Das gute Ende eines langen Konfliktes	64
5 - 6	<u>Lastenausgleich beschleunigt durchführen !</u> Schattenseiten bei der Eingliederung von Vertriebenen Von Richard Reitzner, MdB	100
7	<u>Der Irrtum des polnischen Ministerpräsidenten</u> Es gibt noch keine endgültige Friedensgrenze	29
7	<u>Dolchstoßlegende nicht möglich</u> Eine beachtliche Klarstellung	22

* * * * *
* * *

Nach politischen Lösungen suchen!

Bestandsaufnahme notwendiger denn je

G.M. - Die in der Bundesrepublik und auch außerhalb ihrer Grenzen neu entfachte Diskussion über eine mögliche atomare Bewaffnung der Bundeswehr läßt den Eindruck entstehen, als gäbe es in der Ost-West-Auseinandersetzung nur eine militärische Komponente. Besonders die Befürworter der atomaren Bewaffnung lassen erkennen, daß sie im Begriff sind, die politischen Aspekte der Deutschlandpolitik, aber auch einer möglichen deutschen Außenpolitik völlig zu ignorieren.

Ehe man also zu militärischen Entscheidungen gelangt, muß man sich darüber im klaren sein, daß jedes neugeschaffene militärische Faktum zu einem Gegenzug auf der anderen Seite führt. Die Folge davon wäre eine Verschärfung der Ost-West-Spannungen und eine Verminderung der Möglichkeiten jeder deutschen Regierung, initiativ im Sinne der von allen Parteien des Bundestages als notwendig anerkannten Entspannung wirksam zu werden.

Zu allem Überflus muß man noch feststellen, daß die jetzt in Gang gekommenen militärischen Diskussionen ihren Anstoß von außen erhalten haben. Hierbei erhebt sich die Frage, ob es denn notwendig ist, jede Äußerung eines ausländischen Politikers - und sei es auch die Äußerung eines Verbündeten - als der Weisheit letzter Schluß hinzunehmen. Wäre es nicht vernünftiger und besser, wenn die deutschen Parteien selbst erst einmal in sachlicher Zusammenarbeit prüfen würden, welche speziellen Aufgaben die deutsche Politik über das rein Militärische hinaus hat? Wenn die große außenpolitische Debatte des Bundestages in der vergangenen Woche einen Sinn haben kann, wenn sie tatsächlich - wie viele in- und ausländische Zeitungen schrieben - der Anfang des Auslotens der deutschen politischen Möglichkeiten werden soll, dann muß doch endlich auch einmal die politische Komponente aller internationalen Zusammenhänge, die nach der gescheiterten Gipfalkonferenz sichtbar geworden sind, in Rechnung gestellt werden. Hierzu sagte der Abgeordnete Herbert Wehner in der außenpolitischen Debatte: "Bei aller Notwendigkeit, den Fragen der militärischen Sicherheit gerecht zu werden, muß die Bundesrepublik jede Anstrengung machen, um zur Sicherung des Friedens in der Welt beizutragen".

Wenn das nicht geschieht, laufen wir Gefahr, die Ansatzpunkte für neue Entwicklungen zu übersehen. Mit der Methode, mit der jetzt "gearbeitet" wird, verfilzen wir uns immer mehr in die rein militärische Betrachtungsweise des Ost-West-Konfliktes.

Seit dem Berlin-Vorstoß Chruschtschows im November 1958 hat sich in Westen die Auffassung durchgesetzt, daß die Freiheit Berlins nur in einer sinnvollen Zusammenfügen von Sicherheitsmaßnahmen und politischen Aktionen gewährleistet werden kann. Ihren unmittelbaren Ausdruck fand dies in der Feststellung des Atlantikrates, man müsse die Berlinfrage in Zusammenhang mit dem Deutschlandproblem und dem Problem der europäischen Sicherheit sehen und zu lösen versuchen. Wenn man jetzt von diesem Grundsatz abgeht und sich den Anschein gibt, als seien alle mit diesem Problem zusammenhängenden Fragen nur mit militärischen Aktionen zu beantworten, dann bleibt nur noch das offene Bekenntnis zur Fortsetzung des Wettrüstens übrig.

Das kann nicht der Sinn einer deutschen Politik sein, sei allen, was man auch über die Notwendigkeit militärischer Sicherheitsmaßnahmen sagen mag. Deshalb wollen wir ohne jede polemische Note noch einmal an die Forderung der Sozialdemokratie nach einer sachlichen Bestandsaufnahme der Möglichkeiten einer sinnvollen deutschen Politik erinnern.

Aneurin Bevan †

sp - Weit über die britischen Inseln hinaus wird der Tod Aneurin Bevan als ein schwerer Verlust für das politische Leben unserer Zeit empfunden. Seine markante Persönlichkeit, sein persönlicher Charm, die magnetische Anziehungskraft, die von ihm ausging und einen Kreis von Gleichgesinnten um ihn scharte, werden ebenso in Erinnerung bleiben, wie die großen Verdienste, die er sich um die britische Arbeiterbewegung erworben hat. Ideenreichtum, ein scharfer Witz, die Gabe, seine Ideen bildhaft anschaulich zu formulieren, machten Bevan zu einem der glänzendsten Redner in der britischen Parlamentsgeschichte. Das umfangreiche Wissen, die Belesenheit, welche der Bergmannssohn aus Wales, der selbst mit dreizehn Jahren schon zum Mitverdienen in die Grube einfuhr, im mühsamen Selbststudium erworben hatte, das Verwaltungstalent, das er in verschiedenen Ministerposten bewiesen hatte, haben das politische Leben Englands dreißig Jahre lang befruchtet. Sein Tod bedeutet daher nicht nur einen schweren Verlust für die Labour-Party, die nun nicht mehr auf die magnetische Anziehungskraft ihres besten Redners rechnen kann, sondern auch für das gesamte politische Leben Großbritanniens, das eine lebenskräftige, aktive Opposition als dauernde Inspiration braucht.

Zu seinen Lebzeiten war Aneurin Bevan eine von widerstrebenden Gefühler umgebene Persönlichkeit. An seiner Bahre trauern nicht nur die unzähligen Freunde, sondern auch die politischen Gegner, denen seine leidenschaftliche Aufrichtigkeit stets Achtung abgezwungen hatte.

Bevan's Vorstellungen vom Sozialismus waren den Bedingungen entwachsen, die in den ersten beiden Jahrzehnten unseres Jahrhunderts im Waliser Bergland herrschten. Die harten und bitteren Erfahrungen seiner Jugend machten ihn zu einem leidenschaftlichen Vorkämpfer gegen soziales Unrecht und Klassenvorurteile; alle seine Energien waren darauf gerichtet, menschenwürdige Bedingungen zu schaffen, die in den Monds Jahren so vielen versagt gewesen waren.

Sein Leben lang blieb Bevan mit seinem Heimatlande Wales tief verwurzelt. Der Waliser Wahlkreis Talyw Vale hatte ihn im Jahre 1929 zum ersten Male als seinen Vertreter in das britische Unterhaus gewählt; er vertrat diesen Wahlkreis ununterbrochen 31 Jahre lang bis zu seinem Tode. Sehr bald wurde Aneurin Bevan innerhalb der Labour-Party der Wortführer des linken Flügels, er geriet oft in Konflikt mit der Parteiführung und wurde, als er sich 1938 der Volksfrontbewegung angeschlossen hatte, für ein Jahr lang aus der Labour-Party ausgeschlossen. Im Kriege übte er oft

7. Juli 1960

beißende Kritik an Churchills autoritärer Kriegsführung und geriet daher nicht nur mit Churchill selbst, sondern auch mit den Parteifreunden, die wie Attlee, Morrison und Ernest Bevin im Kriegskabinetts saßen, in heftige Auseinandersetzungen. Clement Attlee aber erkannte in ihm die antreibende Kraft für umfassende Reformen, er betraute ihn in der ersten Labour-Regierung nach dem Kriege nicht nur mit der Schaffung des heute in aller Welt als vorbildlich anerkannten britischen Gesundheitsdienstes, sondern auch mit dem Wohnungsbauprogramm, mit welchem Bevan nicht nur im Verlaufe von fünf Jahren über eine Million von Bomben zerstörte Wohnungen wieder aufbaute, sondern auch eine Million neuer Häuser errichtete.

In aller Erinnerung leben noch Bevans Ablehnung des britischen Aufrüstungsprogramms während des Koreakrieges und seine leidenschaftliche Gegnerschaft gegen die deutsche Wiederbewaffnung. In dem ersten Punkte hat ihm die Geschichte voll Recht gegeben. Nachdem Bevans Rücktritt die zweite Attlee-Regierung tief erschüttert hatte, kamen die Konservativen ans Ruder und reduzierten das Attlee'sche Aufrüstungsprogramm auf tragbare Ausmaße; d.h., sie trugen Bevans Argumenten voll Rechnung. In dem zweiten Punkt - der Ablehnung der deutschen Wiederbewaffnung mit der Begründung, sie erschwere die friedliche Regelung nicht nur des Deutschland-Problems, sondern auch der gesamten europäischen Sicherheit - steht das abschließende Urteil der Geschichte noch aus.

Zahlreiche britische Gewerkschaftler und Sozialisten haben es oft beklagt, daß innerparteiliche Auseinandersetzungen, bei denen Bevan eine führende Rolle gespielt hat, die Partei nach außen hin geschwächt haben. Auf der anderen Seite aber muß man darauf hinweisen, daß es notwendige Klärungsprozesse waren, aus denen der Partei starke ideelle Antriebskräfte erwachsen. In der heutigen Situation, in der die Labour-Party in heftigen Diskussionen um die Gestaltung ihres Zukunftsprogramms ringt, wird sich der Verlust Aneurin Bevans doppelt schmerzhaft bemerkbar machen. Es fehlt seine magnetische Kraft, in der sich der Idealismus der Linken mit dem Realismus der Rechten zu einer aktiven Einheit zusammenfand.

Die Lücke, die Bevans Tod in den Reihen der britischen und internationalen Arbeiterbewegung aufgerissen hat, wird sich nur schwer füllen lassen. An seiner Bahre aber werden sich alle Freunde des demokratischen Sozialismus, dem Aneurin Bevan alle seine Energien gewidmet hat, in dem Gedanken vereinen, für die gemeinsamen Ideale in seinem Geiste weiterzuwirken.

Zyperns Unabhängigkeit
Von Dr. Basil Mathiopoulos

In einem Augenblick, als eigentlich keiner mehr damit gerechnet hatte, daß Zypern seine Unabhängigkeit noch in diesem Jahre erhalten würde, kam es bei den Beratungen zwischen der englischen und zypriotischen Delegation in Nikosia zu einer Einigung über die letzten strittigen Fragen.

Die Ausrufung der Republik Zypern sollte gemäß den Verträgen vom vergangenen Jahre spätestens am 19. Februar erfolgt sein. Großbritannien hatte sich jedoch in jenen Verträgen militärisches Übungsgelände auf der Insel ausbedungen, über dessen Ausdehnung und künftigen Status man sich durchaus nicht einigen konnte. Von britischer Seite beharrte man auf einem Gelände mit einer Ausdehnung von 450 qkm, die ausschließlich unter britischer Oberhoheit stehen sollten. Überraschend einigte man sich jetzt auf 250 qkm, mit dem Zusatz allerdings, daß Zypern jederzeit für besondere Übungen weiteres Übungsgelände zur Verfügung stellt.

Die Republik Zypern wird auch an der Verwaltung des fraglichen Gebietes beteiligt sein und erhielt ausdrücklich bestätigt, daß der jetzt festgelegte Zustand nicht für immer gilt. Wenn von britischer Seite kein unmittelbarer Bedarf an zypriotischen Übungsplätzen besteht, wird Zypern sie wieder und endgültig seinem Staatsgebiet zurechnen können. Weiterhin erklärte sich Großbritannien bereit, an Zypern fünf Jahre lang eine Entwicklungshilfe von jährlich 140 Millionen DM zu zahlen. Diese Vereinbarungen wurden sofort dem britischen Unterhaus vorgelegt, so daß praktisch keine Hindernisse mehr zu überwinden sind; im August kann der offizielle Staatsakt der Unabhängigkeitserklärung stattfinden.

Vorher werden auf Zypern noch Wahlen abgehalten. Im November vergangenen Jahres wurde bekanntlich Erzbischof Makarios von der griechischen Mehrheit der zypriotischen Bevölkerung zum Ersten Ministerpräsidenten Zyperns gewählt, während die türkische Minderheit durch Dr. Kutschuk den Stellvertretenden Ministerpräsidenten nominierte.

7. Juli 1960

Die bevorstehenden Wahlen legen den demokratischen Grundstein für die drei Parlamente, die sich auf Zypern konstituieren werden. Es handelt sich um einen Staatsrat, dem die Legislative obliegt, und um die Vertretungen der beiden Bevölkerungsgruppen Zyperns, der Griechen und der Türken. Im Staatsrat werden die Türken gemäß den Londoner und Züricher Verträgen 30 % aller Abgeordneten stellen, obwohl ihr Bevölkerungsanteil noch nicht einmal 20 % beträgt.

Daß die Partei des Erzbischofs Makarios, EDMA, auch aus diesen kommenden Wahlen als Sieger hervorgehen wird, ist kaum zu bezweifeln, obwohl die ganze Zypernlösung von nicht wenigen als enttäuschend bezeichnet wird. Nicht nur die Kommunisten, sondern auch bürgerliche Gruppen sind mit den Zypernverträgen nicht einverstanden, einige wollen sogar aus Protest der Parlamentswahlen fernbleiben.

Die türkische Minderheit hat zudem noch ihre besonderen Sorgen, weil sie von den Vorgängen in der Türkei stark beeinflusst wird. General Gürsel bezeichnet die Zypernverträge als beinahe das einzige, was Makarios zum Wohle der Türkei zustandegebracht habe. Auch in Ankara wird daher die jüngste Entwicklung in der Zypernfrage begrüßt, obwohl von der Bevölkerung gewisse Bedenken gegen Kutschuk laut geworden sind, besonders unter den Studenten, die in Smyrna einen Protestmarsch veranstalteten mit dem Ziel, Dr. Kutschuk zum Rücktritt zu zwingen. Auf der anderen Seite ist er aber der einzige türkische Politiker auf der Insel, der das rückhaltlose Vertrauen von Makarios genießt und mit dem der Erzbischof glaubt, gemeinsam die Zukunft Zyperns meistern zu können.

Und die Zukunft Zyperns? Noch weiß niemand, ob die Insel um Aufnahme in das Commonwealth nachsuchen wird. Jedenfalls aber wird im Herbst darüber beraten, ob Zypern Mitglied der UNO wird. Es ist nicht ausgeschlossen, daß man sich auch um einen Anschluß an die EWG bemühen wird. Unter den Ländern, zu denen Zypern besonders gute Beziehungen wünscht, hat Erzbischof Makarios offiziell die Bundesrepublik hervorgehoben. Er hoffe, so sagte Makarios, daß die Bundesrepublik ein echter Freund Zyperns sein werde.

Lastenausgleich beschleunigt durchführen!

Von Richard Roitzner, MdB

Hilfe und Solidarität sollten eine selbstverständliche Pflicht sein. Wo das nicht der Fall ist, muß energisch daran erinnert werden. Die Bedürfnisse der sozial Schwachen dürfen nicht hinter den Wünschen der wirtschaftlich stärkeren Einzelinteressen zurückstehen, wie es in der Bundesrepublik oft der Fall ist. Dabei sollte keine Geschädigtengruppe gegen die andere ausgespielt werden oder sich ausspielen lassen. In besonderem Maße muß unsere Bereitschaft, zu helfen, den Flüchtlingen aus Mitteldeutschland gelten. Die Einheit der Deutschen als Nation zu wahren, ist eine Aufgabe, der wir uns auch sozial verpflichtet fühlen müssen. Diese Pflicht ist leider noch viel zu wenig im Bewußtsein der Deutschen verankert. Das politische Einzelschicksal der Sowjetzonenflüchtlinge wird jetzt immer stärker zu einem Gruppenschicksal. Für sie muß eine Reihe von Sondermaßnahmen hinsichtlich der Unterbringung und Eingliederung gesetzlich geschaffen werden.

Eingliederung systematisch fortsetzen

Obwohl die Bilanz der Eingliederung heute besser ist, als wir es uns 1950 vorstellten, ist das Sozialbild der Vertriebenen und Flüchtlinge im Verhältnis zu den Altbürgern stellenweise noch recht ungleich. Wir müssen daher die Eingliederung systematisch fortsetzen und gleichzeitig versuchen, die Entschädigungsseite des Lastenausgleichs zu beschleunigen. Unter anderem kann von den Flüchtlings- und Vertriebenenbetrieben erst ein kleiner Teil in seiner Existenz als gesichert bezeichnet werden. Die Gesundung der inneren finanziellen Struktur ist notwendig. Mangel an Eigenkapital und der hohe Kapitalbedarf für Investitionen schaffen noch bedeutende Schwierigkeiten. Es bleibt manches zu tun übrig, damit das Erreichte krisenfest wird. So sehr daher die Hilfe für entwicklungsfähige Länder notwendig ist, so wenig kann man sich mit der Idee befrenden, rückfließende DRP-Mittel ausschließlich für Entwicklungsländer zu verwenden. Ein Teil dieser Mittel muß zur Konsolidierung der Flüchtlingsbetriebe verwendet werden. Die Doppelaufgabe - Eingliederung und Entschädigung - muß den Lebenden zugute kommen. Außerdem hat es schon ein Gesetz gegeben, das so oft geändert wurde und geändert werden mußte wie das Lastenausgleichsgesetz. Dazu kamen die 62 Rechtsverordnungen, die natürlich den Verwaltungsablauf unerhört erschweren. Der Weg vom Antrag bis zur Auszahlung ist viel zu lang, das Reststellungsverfahren zu schleppend.

Die SPD-Bundestagefraktion und der Arbeitskreis für Vertriebene und Flüchtlinge beschäftigen sich seit Wochen in vielen Besprechungen mit diesen Problemen. Der Arbeitskreis hat jetzt den Entwurf eines 13. Änderungsgesetzes zum Lastenausgleichsgesetz entworfen. Er sieht im wesentlichen folgende Änderungen vor:

- 1) Die Hausratsentschädigung soll in der 4. Rate um durchschnittlich zwanzig Prozent in jeder Entschädigungsgruppe erhöht werden:
 - erste Schadensgruppe um DM 250,--,
 - zweite Schadensgruppe um DM 300,--,
 - dritte Schadensgruppe um DM 350,--.
- 2) Für die Unterhaltshilfe und Kriegssachadenersatz werden folgende Verbesserungen verlangt:
 - a) Angleichung an die Rentenerhöhungen und Erhöhung auf: DM 160,-- (Mann), DM 80,-- (Frau), DM 55,-- (Kind).
 - b) Entsprechende Erhöhung der Berufssachadenersatz.

- c) Hinzuzuwachsen auch der Jahrgänge bis 1966 (Männer) bis 1911 (Frauen).
- d) Ermäßigung der Anrechnungsbeträge bei gleichzeitiger Hauptentschädigung.
- 3) Für die Schadensgruppen Hauptentschädigung wird ein Anheben der ersten Schadensbetragsgruppe und die Vollausszahlung auf DM 7.200,-- und eine dementsprechende Erhöhung der weiteren Schadensbetragsgruppen um ca. zwanzig Prozent gefordert, die in den höheren Gruppen auf zwölf Prozent herabsinken. In der Endgruppe soll jedoch eine Entschädigung von 6,5 Prozent erhalten bleiben.
- 4) Die Einheitswerte müssen wegen ihrer niedrigen Festsetzung aus den Jahren um 1935 erhöht werden: Landwirtschaftliche Einheitswerte um ein Drittel, forstwirtschaftliche Einheitswerte um zwei Drittel, Grundvermögenseinheitswerte um ein Viertel und Betriebs-einheitswerte um ein Fünftel.
- 5) Stichtagsvoraussetzungen sollen erleichtert oder beseitigt werden.
- 6) Anstrengungen müssen gemacht werden, damit der Lastenausgleich vor 1979 zum Abschluß kommt.

Darüber hinaus hat die Bundestagsfraktion der SPD den Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Bundesvertriebengesetzes eingebracht; demzufolge soll der § 3 des Bundesvertriebengesetzes die folgende Fassung haben:

Sowjetzonenflüchtling ist ein deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehöriger, der seinen Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt in der sowjetischen Besatzungszone oder im sowjetischen Sektor von Berlin nach der Besetzung verlassen hat. Weiter sollen aus dem Härtefonds des § 301 insbesondere auch Sowjetzonenflüchtlinge im Sinne des § 3 und diesen nach § 4 gleichgestellten Personen berücksichtigt werden.

In der letzten Zeit sind wieder Forderungen nach Vollentschädigung für alle Schadensgruppen erhoben worden. Es wäre zu begrüßen, wenn man die Geschädigten für die unmittelbaren Vermögensschäden schneller und höher entschädigen könnte. Der Weg von der Eingliederung zur reinen Entschädigung wird jedoch von zwei Faktoren bestimmt: Einmal vom weiteren Umfang der Eingliederungsmaßnahmen. Wann die sozialen Eingliederungsmaßnahmen aufhören, ist nicht genau abzusehen. Diese Maßnahmen müssen aber immer noch verstärkt werden.

Für höhere Entschädigungen und kürzere Zeiten

Zum anderen muß die Grenze in der Wirtschafts- und Steuerkraft mit anderen notwendigen Staatsaufgaben zusammen gesehen werden. Daß den Möglichkeiten des Lastenausgleichs Grenzen gesetzt sind, ist bekannt. Man soll aber diese Erkenntnisse nicht unbesonnen als Klischee übernehmen. Die heutige wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik ermöglicht ohne Währungserschütterungen höhere Entschädigungen und kürzere Zeiten für die Durchführung. Auf diese Möglichkeiten wird die SPD-Bundestagsfraktion immer wieder mit Anträgen hinweisen und drängen, damit ein Lastenausgleichsgesetz, das einem Abschlußgesetz nahekommt, verabschiedet wird.

Wir würden es aber auch begrüßen, wenn die CDU/CSU ihre Vorschläge dazu aus der Schublade herausnehmen würde.

Der Irrtum des polnischen Ministerpräsidenten

sp - Der polnische Ministerpräsident Cyrankiewicz ist offensichtlich einem historischen Irrtum unterlegen, als er auf dem ehrwürdigen Domplatz von Magdeburg die Oder-Weisse-Linie als "endgültige immerwährende, schon früher in Potsdam festgelegte polnisch-deutsche Grenze" bezeichnete. Dieser Irrtum wird auch dadurch nicht glaubhafter, dass er sozusagen zur offiziellen polnischen Staatsdoktrin gehört. Pankows Unterschrift unter dem vor zehn Jahren mit Polen abgeschlossenen Vertrag über die Oder-Weisse-Linie mag zwar für Warschau ein Trost sein, aber völkerrechtlich ist sie keinen Pfifferling wert. Seit wann kann ein Teil und dazu noch ein unfreier, unter Fremder Herrschaft stehender Teil eines Volkes das ganze Volk verpflichten? Die endgültige Fixierung der Grenzen, in diesem Fall der deutschen Ostgrenze, kann nur durch eine gesamtdeutsche Regierung in einem Friedensvertrage erfolgen. Cyrankiewicz hat ausserdem die Tatsache übersehen, dass nach dem Potsdamer Abkommen die deutschen Ostgebiete nur der polnischen Verwaltung unterstellt wurden - gewiss, Warschau hört das nicht gern, aber nichtsdestoweniger bleibt doch dieses Faktum bis zu einem Friedensvertrag bestehen. - Der polnische Ministerpräsident richtete in diesem Zusammenhang auch heftige Angriffe gegen die SPD, der er vorwarf, durch ihre Verbindung zu den Landsmannschaften den Geist des "Revanchismus" zu pflegen. Cyrankiewicz ist ein geschichtskundiger Mann. Gewiss hat er bei seinen Ausführungen nicht an die ruhmreiche, leidvolle und heroische Geschichte seines eigenen Volkes gedacht, die im 19. Jahrhundert erfüllt war vom Kampfe gegen die dem polnischen Volk von aussen zugefügte Teilung und zeitweilige Auslöschung seines Staates. Wenn 12 Millionen deutsche Vertriebene um eine friedliche Durchsetzung ihres Heimatrechtes ringen, ist das Revanchismus? Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit kämpft heute um seinen Anspruch, wieder in einem Staate vereinigt zu sein - ist dieser Anspruch unvereinbar mit dem Frieden? Cyrankiewicz' bittere Worte zeugen von einem verzerrten Deutschlandbild, das der Wirklichkeit nicht gerecht wird.

+ + +

Dolchstosslegende nicht möglich

sp - Das Bundesverteidigungsministerium hat sich am Mittwoch zu der Aussage geäussert, die der Brigadegeneral Cord von Hobe im Ansbacher Simonprozesse gemacht hat. Ein Sprecher des Ministeriums meinte, eine neue Dolchstosslegende sei nicht möglich, weil wir 1945 eine totale militärische, politische und moralische Niederlage erlitten hätten. - Das ist eine klare Aussage, die man nur begrüssen kann. Es ist verdienstvoll, dass sie in dieser eindeutigen Form aus dem Ministerium kommt und damit verbindlich für alle militärischen Kreise in der Bundesrepublik ist. Wenn unsere Intervention wegen der Aussage in Ansbach zu dieser Klarstellung geführt hat, so ergibt sich allein daraus schon ihre Berechtigung. - Ein Fachgeschmack allerdings bleibt. Wäre es nicht besser gewesen, wenn Herr von Hobe in Ansbach seiner Aussage gleich diese Feststellung angefügt hätte, nicht nur, um sich selbst zu schützen, sondern vor allem, um zu verhindern, dass andere seine Äusserungen in dem Sinne missbrauchen, in dem sie zunächst allgemein - und erfreulicherweise allgemein mit Empörung - verstanden worden waren. Denn ein Brigadegeneral ist nicht irgendwer; an ihn muss man den Anspruch stellen, dass er übersieht, was er möglicherweise mit einer solchen Aussage anrichtet. - Und diese Lehre sollte man ziehen: Wo immer man sich mit jenem dunkelsten Teil deutscher Vergangenheit beschäftigt, sollte man vorsorgen, dass nicht einmal keine für eine Betrachtungsweise im Sinne vergangener Ideologien - wenn auch unwillentlich - geschaffen werden.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel